

Chronologie der Krise in der Ukraine: eine aktuelle Bestandsaufnahme (Teil 1)

Velina Tchakarova

Einleitung

Die Ukraine erlebte viele politische Umwälzungen in ihrer jüngsten Geschichte und ging durch viele Höhen und Tiefen während der Transformation ihres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems. Unumstritten gelten der Euromaidan-Platz im Februar und die Odessa Tragödie im Mai 2014 als die bisher blutigsten Episoden, deren Ausmaß das ganze Land und die Weltgemeinschaft erschütterten. Begonnen hat es mit spontanen Protesten auf dem Hauptplatz in Kiew – dem (Euro)Maidan –, auf dem Menschen aus verschiedenen Alters- und Sozialgruppen ihre Unzufriedenheit mit der Nichtunterzeichnung des bereits paraphierten Assoziierungsabkommens (AA) mit der Europäischen Union (EU) – einschließlich der weitreichenden und umfassenden Freihandelszone (DCFTA) – zum Ausdruck brachten.¹ Sie endeten in einer nationalen Tragödie mit mehr als hundert Toten und mehreren hundert Verletzten.² Im Nachhinein wurde der Euromaidan zum Hoffnungssymbol für die Protestierenden, weil von diesem Ort bedeutende politische Veränderungen ausgingen, welche sich letztendlich in der Durchführung vorgezogener Präsidentschaftswahlen niederschlugen.

Der folgende Beitrag setzt sich zum Ziel, eine Bestandsaufnahme der Ereignisse während der Krise in der Ukraine zu machen und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen, indem die divergierenden Positionen aller Konfliktparteien dargestellt werden.³

Wie begann die ukrainische Krise?

Die Krise in der Ukraine ereignete sich aufgrund eines umfassenden Staatsversagens wie auch einer ausgeprägt korruptierten politischen Spitzenelite. Die "Oligarchisierung" der Ukraine gilt als ein Systemfehler, welcher kaum noch zu beheben ist. Nepotismus, schlechtes Regieren

und schwache Staatsstrukturen sind nur einige der Hauptsymptome des defekten politischen Systems der Ukraine. Eine ehemalige Oligarchin – Julia Timoschenko – und ein aktuell zu den Reichsten zählender Oligarch – Petro Poroschenko – traten als die zwei Kandidaten mit den besten Chancen bei der Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 an, was deutlich diesen Systemfehler aufzeigte.

Wie kam es aber zu der Eskalationsspirale in der ukrainischen Krise? Ende November trat der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch einen überraschenden Rückzug auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) an, indem er die Unterzeichnung der bereits paraphierten Abkommen - AA und DCFTA - mit der EU verweigerte. Somit kam es unerwartet zu einem Wendepunkt, welcher sehr schnell zu einer Zuspitzung der ukrainischen Krise führte. Spätestens einige Wochen danach, kippte die politische Lage in der Ukraine, als Viktor Janukowitsch vertragliche Verpflichtungen mit Russland, einschließlich eines 15 Mrd. USD schweren Finanzpakets, einging.⁴

Als die darauf folgenden spontanen Proteste auf dem Hauptplatz in Kiew - dem Euromaidan, von Tag zu Tag immer zunahmen, kam der nächste Katalysator am 16. Januar mit neu beschlossenen Gesetzen, welche massive Einschränkungen im Bereich der individuellen und kollektiven Freiheiten sowie hohe Geld- bzw. Haftstrafen vorsahen. Viktor Janukowitsch unterzeichnete die Gesetze zur Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und löste somit eine große Welle der Unzufriedenheit bei den Demonstranten aus. Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass die Menschenmassen von Tag zu Tag immer unkontrollierter wurden und die Gewalt auf dem Maidan-Platz zu eskalieren drohte. So setzten die Protestierenden einen Polizeibus am 19. Januar in Brand. Auch die rechtsradikale Formation (Rechter Sektor, Partei

Swoboda) zeigte sich bereit zur Gewaltanwendung, indem deren Anhänger Molotowcocktails auf Polizeibarrikaden warfen und sich in Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten verwickelten. Gegen Ende Januar fielen die ersten drei Demonstranten der Gewalteskalation auf dem Maidan-Platz zum Opfer. Die Spezialeinheit der ukrainischen Miliz – Berkut – ging gegen die rechtsradikalen, teilweise maskierten Demonstranten besonders brutal vor, nachdem der Anführer der Partei Swoboda – Oleh Tjahnjybok – die Gewaltanwendung bei den Demonstrationen propagiert hatte.⁵

Kurz vor dem Ablauf eines vom Führer der Partei UDAR – Vitali Klitschko – gestellten Ultimatums an die Regierung kam es zu einem erfolgreichen Misstrauensvotum in der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), infolge dessen die ukrainische Regierung eine Bereitschaft zum Rücktritt verkündete und einer Waffenruhe zustimmte. Allerdings entschloss sich die bereits organisierte Euromaidan-Opposition dazu, die Verhandlungen mit der Regierung von Janukowitsch abzubrechen. Im Anschluss daran kam es zu einer gewaltsamen Besetzung von Verwaltungsgebäuden und zur erneuten Verwendung von Molotowcocktails. Infolge dessen bot Viktor Janukowitsch den Euromaidan Oppositionsführern Arsenij Jazenjuk (Partei Vaterland) und Vitali Klitschko die Posten des Ministerpräsidenten bzw. des stellvertretenden Ministerpräsidenten an, was jedoch von diesen abgelehnt wurde. Bereits gegen Ende Januar zeichnete sich eine besonders radikale Abspaltung bei den Protesten auf dem Maidan-Platz ab, welche weder an den politischen Verhandlungen mit Viktor Janukowitsch noch an einer Kompromissfindung teilnehmen wollte. Unter diesen Umständen sah sich der ukrainische Präsident gezwungen, die umstrittenen Gesetze vom 16. Januar durch ein erneutes Votum in der Werchowna Rada aufheben zu lassen wie auch den Rücktritt des ukrainischen Regierungschefs – Mykola Asarow

– anzunehmen. Gleich danach beschloss die Werchowna Rada auch ein Amnestie-Gesetz.⁶

Die Ereignisse in Kiew am 19. und 20. Februar 2014

Insgesamt verliefen die Proteste und Demonstrationen auf dem Maidan-Platz bis zum 18. Februar relativ friedlich, auch wenn es immer wieder zu Gewalteskalationen zwischen Demonstranten und Polizeieinheiten kam. In den darauf folgenden Tagen entwickelten sich die Ereignisse plötzlich schlagartig. Am 18. Februar gab der Rechte Sektor bekannt, einen Polizisten "neutralisiert" zu haben. Der Oppositionsführer Vitali Klitschko gab im Nachhinein zu, dass ein Teil der Protestierenden mit der Gewaltspirale auf dem Maidan-Platz begann, dennoch war es diesmal aus Frustration und Wut, weil die Regierung auf ihre Anforderungen nicht einging. Als die Chancen für Verhandlungen zusehend geringer schienen, blieb Viktor Janukowitsch nur der Weg der Gewaltanwendung. Er beschloss den Einsatz von Anti-Terror Einheiten in Kiew. Dies endete danach bekanntlich in einem Blutbad auf den Straßen Kiews, wo nicht identifizierte Scharfschützen in den darauf folgenden zwei Tagen über 100 Menschen ermordeten und mehrere Hunderte verletzten.⁷

Die drastisch zugespitzte Lage führte zu intensivierten, politischen Konsultationen und Vermittlungsgesprächen zwischen dem ukrainischen Präsidenten und mehreren europäischen Mitgliedstaaten, welche schnell vermitteln wollten. Als Ergebnis unterzeichnete Viktor Janukowitsch ein Abkommen mit den Außenministern Deutschlands, Polens und Schwedens (der russische Sondergesandte Wladimir Lukin war zwar ebenfalls anwesend, unterzeichnete aber nicht), wie auch mit den Oppositionsführern Vitali Klitschko, Oleh Tjahnybok und Arsenij Jazenjuk am 21. Februar, flüchtete jedoch sofort danach Richtung Russland. Auf einer Pressekonferenz in Rostow am Don begründete er einige Tage später seine Flucht mit dem an ihn durch den Rechten Sektor gestellten Ultimatum auf dem Maidan-Platz, dass er spätestens bis 10 Uhr am 22. Februar freiwillig zurücktreten solle.⁸

Wer bekam eine Schlüsselposition in der Übergangsregierung?

Die politische Stabilisierung des Landes rückte nach der Flucht des ukrainischen Präsidenten

in den Vordergrund. Die Werchowna Rada beschloss zwar die Rückkehr zur Verfassung von 2004, führte allerdings kein Amtenthebungsverfahren gegen den amtierenden Präsidenten in Übereinstimmung mit der ukrainischen Verfassung ein.

Die Vereinbarung vom 21. Februar sah die Bildung einer nationalen Einheit vor, welche durch eine Übergangsregierung, neue vorgezogene Präsidentschaftswahlen sowie die Entwaffnung rechtsextremer Milizen zu gewährleisten war. Die Übergangsregierung umfasste vorwiegend Mitglieder der Partei Vaterland von Julia Timoschenko, welche die Posten des Premierministers – Arsenij Jazenjuk –, des interimistisch agierenden Präsidenten – Alexander Turcinov (der ehemalige Sprecher der Werchowna Rada) –, und des Parlamentsvorsitzenden bekamen. Ein weiterer Blick in die Struktur der Übergangsregierung zeigt auf, dass strategische Posten wie Verteidigung und des Innenministeriums an die Partei Swoboda gingen. An der Bildung der ukrainischen Übergangsregierung nahmen insgesamt acht Mitglieder der Vaterlandspartei von Julia Timoschenko, acht parteilose Vertreter vorwiegend aus der Euromaidan-Organisation wie auch vier Mitglieder der Swoboda-Partei von Oleh Tjahnybok teil. Hingegen nahm die Partei der Regionen, die UDAR-Partei von Vitali Klitschko so wie die Kommunistische Partei nicht daran teil. Weitere Schlüsselämter gingen auch in die Hände von Swoboda und des Rechten Sektors – die Generalstaatsanwaltschaft und der erste Sekretär des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung.⁹ Im Anschluss an die Bildung der Übergangsregierung beschloss die Werchowna Rada die Freilassung von Julia Timoschenko (was auch als eine politische Kondition von Seiten der EU für die Unterzeichnung der AA und DCFTA mit der Ukraine galt), nachdem das Gesetz ihrer Verurteilung aufgehoben worden war.

Die ukrainische Übergangsregierung ordnete die Entwaffnung aller noch bewaffneten Gruppen in der Ukraine an, aber dieser Prozess wurde insbesondere nach den Ereignissen auf der Krim und in den östlichen Teilen der Ukraine nicht streng kontrolliert. Darüber hinaus initiierte sie eine Ermittlung über die Herkunft der Scharfschützen in Kiew. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Rechte Sektor und die Swoboda Vertreter an diesen zwei Tagen der blutigen Geschehnisse auch beteiligt

waren, bleibt die Frage offen, ob dadurch eine unabhängige Ermittlung der Scharfschützen-Operation in Kiew gewährleistet werden kann, weil ein Swoboda-Mitglied der Vorsitzende in der Generalstaatsanwaltschaft ist.¹⁰ Im Laufe der Untersuchung wurden neun Berkut Spezialkräfte aus den aufgelösten ukrainischen Sicherheitstruppen als Verdächtige benannt. Gleichzeitig verkündete der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats und der faktische Euromaidan-Kommandant – Andriy Parubij –, dass 18 Scharfschützen von der russischen Spezialeinheit des russischen militärischen Nachrichtendienstes (GRU) als Scharfschützen in Kiew beteiligt waren.¹¹ Verkompliziert wurde die Situation, nachdem ein Telefonat zwischen der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und dem Außenminister Estlands – Umar Paet – veröffentlicht worden war.¹² Er äußerte nämlich die Besorgnis, dass die Schüsse auf die Protestierenden und die Polizeibeamten bzw. die Berkut Sonderkräfte von gleichen Waffen stammen könnten. Immerhin wurden über 90 Polizeibeamte und Berkut Truppen angeschossen, wobei 16 von ihnen während dieser zwei Tage verstarben.

In der ukrainischen Krise geht es nicht nur um Politik, sondern auch um Wirtschaft

Um die Ereignisse und die Krise in der Ukraine umfassend zu erläutern, muss man die Wirtschaftslage schildern. Die Ukraine stand bereits vor dem Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft im November vor einem wirtschaftlichen Kollaps. Das bestätigte die Chefin vom internationalen Währungsfonds (IMF) – Christine Lagarde – nachträglich, indem sie verkündete, dass die Ukraine ohne das finanzielle Hilfspaket Russlands den Kollaps hätte nicht überbrücken können.¹³ Die erste russische Tranche in ukrainischen Eurobonds von 3 Mrd. USD kam direkt nach dem 18. Dezember, als der ukrainische und der russische Präsident eine Finanzspritze in Höhe von 15 Mrd. USD vereinbart hatten. Gleich nach den Ereignissen zwischen dem 19. und 23. Februar stellte Russland die zweite Tranche von 2 Mrd. USD ukrainischer Eurobonds ein, und begründete dies mit der sich verschlechternden Situation in der Ukraine.¹⁴

Nach den blutigen Ereignissen im Februar und dem Machtwechsel in Kiew, verhandelte die Übergangsregierung von Arsenij Jazenjuk mit dem internationalen Währungsfonds über ein

neues Finanzpaket, das zwischen 14-18 Mrd. USD Finanzhilfe ab Mai betragen sollte. Des Weiteren sah dieses IMF Hilfspaket tiefgreifende Staatsreformen und drakonische Maßnahmen für das ukrainische Budget vor, sodass die Pensionen halbiert und die Gaspreise für die ukrainischen Haushalte bis zu 63% erhöht werden mussten.¹⁵

Die wirtschaftliche Realität ist heutzutage die, dass die ukrainischen Schulden sich gegenüber Russland auf ca. 12 Mrd. USD und weitere 3,5 Mrd. USD gegenüber Gazprom für unbezahlte Gasrechnungen belaufen. Am 2. Juni 2014 einigten sich die Generaldirektoren von Gazprom und der ukrainischen Gasgesellschaft unter Vermittlung des EU-Energiekommissars Öttinger grundsätzlich auf eine Regelung zur Begleichung der ukrainischen Gasschulden. Für die EU wird es sehr schwierig sein, die zugesprochene finanzielle Unterstützung in Milliardenhöhe nach innen zu rechtfertigen. Rückblickend hatte die Europäische Kommission vor dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius klargestellt, dass sie ca. 800 Millionen Euro für die ukrainische Wirtschaft zur Verfügung stellen könnte.¹⁶ Umso schwieriger ist es nachzuvollziehen, wie aus 800 Millionen plötzlich 12 Milliarden Euro Finanzhilfe geworden sind. Es könnte außerdem zu einer Dynamik kommen, dass sich manche EU-Mitgliedstaaten wie Griechenland, Portugal oder Spanien mit großen Hilfspaketen für Nichtmitglieder wie die Ukraine unzufrieden zeigen. Längerfristig besteht die Gefahr, dass eine solche Unzufriedenheit, ausgehend von mehreren EU-Mitgliedstaaten, sich aufgrund der ukrainischen Krise herauskristalisieren könnte. Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, ob es nicht politisch und langfristig klüger gewesen wäre, der Ukraine schon längst eine Beitrittsperspektive gegeben zu haben. Innerhalb der Erweiterungspolitik, auch wenn es um eine längerfristige Beitrittsperspektive gehen soll, hätte die EU über mehr Lenkungsmechanismen und effizientere Hebel verfügt, um die Ukraine vor dem wirtschaftlichen und politischen Abgrund zu retten.

Die Rolle der EU in der ukrainischen Krise

Der eigentliche Grund für die Proteste auf dem Maidan-Platz lag an der Verschiebung der Unterzeichnung von AA und DCFTA durch Viktor Janukowitsch. Bis zu diesem Augenblick war die EU sich nicht bewusst, dass so ein

großer Anteil der ukrainischen Bevölkerung von dem Europäischen Lebensmodell träumte. Die EU wurde durch mehrere EU-Mitgliedstaaten bei der Krisenbewältigung in der Ukraine von Beginn an sehr stark vertreten, aber genauso auch durch die EU-Schlüsselpersonen wie Ratspräsident Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und Außenpolitik-Beauftragte Catherine Ashton. Das Abkommen vom 21. Februar zwischen dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den Oppositionsführern, welches die blutigen Ereignisse auf den Straßen von Kiew beendete, war zweifelsohne nur mit der Vermittlung der EU möglich. Weitere notwendige Schritte in Richtung Stabilisierung der politischen Prozesse und der vom Kollaps bedrohten Wirtschaft der Ukraine wurden von Seiten der EU eingeleitet. Nicht zuletzt unterzeichnete die EU am 21. März 2014 den politischen Teil des AA mit der Übergangsregierung von Arsenij Jazenjuk in Brüssel. Damit setzte die EU ein klares Zeichen nicht nur für ihre wirtschaftliche sondern auch starke politische Unterstützung für die Stabilisierung der Prozesse in der Ukraine. Nie zuvor hat sich die EU für die politische und wirtschaftliche Zukunft dieses Landes so entschlossen und konsequent eingesetzt.¹⁷

Die Abspaltung von der Krim

Parallel zur politischen Stabilisierung der Krise in Kiew, machten sich die ersten Vorzeichen einer sich zuspitzenden Lage in der autonomen Republik Krim bemerkbar. Zuerst zog das lokale Parlament am 23. Februar seine Unterstützung für das unterzeichnete Abkommen zwischen Viktor Janukowitsch und den Oppositionsleitern der Euromaidan-Protestbewegung sowie für eine Übergangsregierung zurück. Nur einige Tage später übernahmen mehrere hundert bewaffnete und maskierte Militärtruppen die Kontrolle über den Flughafen in Simferopol und den Militärflughafen in Sewastopol. Am gleichen Tag fand ein Wechsel in der lokalen Regierung statt indem ein pro-russischer Ministerpräsident - Sergej Aksjonow - (mit nur 4% Unterstützung in der Bevölkerung bei den letzten Wahlen) eine neue Regierung bildete. Kurz darauf wurde die Krim von Bewaffneten besetzt, denen die Medien russische Herkunft zuordneten. In den darauf folgenden Tagen traf das lokale Parlament den Beschluss, dass sich die autonome Republik von der Ukraine abspalten würde, und verkündete daraufhin die Unabhängigkeit der neuen

Republik Krim. Darauf folgend wurde ein Referendum für den 16. März festgelegt, weil die Bevölkerung diese Entscheidung legitimieren sollte.¹⁸ Mit dem Referendumsbeschluss stand die Übergangsregierung vor der ersten großen Herausforderung, nämlich der territorialen Abspaltung eines Landesteils, wenn auch die erste Aufgabe darin bestand, eine nationale Einheit in der Ukraine zu gewährleisten.

Sowohl der Referendumsbeschluss zur Abspaltung der Krim, als auch die starke militärische Präsenz fremder Truppen waren unumstritten verfassungswidrig. Allerdings wird eine Diskussion unter Experten und in den Medien hinsichtlich der Begrifflichkeit geführt, ob die darauf folgende Abspaltung eine Annexion oder aber eine Sezession darstellt. Die überaus hohe Wahlbeteiligung von ca. 82% sowie die überragende Mehrheit der abgegebenen Stimmen (ca. 96%)¹⁹ zugunsten der Abspaltung der Republik Krim von der Ukraine bzw. des Beitritts zur Russischen Föderation zeigen ein Bild auf, welches innerstaatliche Sezessionsbestrebungen und eine nicht erzwungene Eingliederung durch ein drittes Land vermuten lassen könnte. Es wird zwar von vielen Medien und Experten als Annexion bezeichnet, aber es geht in diesem konkreten Fall zuerst um die verfassungswidrige Abspaltung von der Ukraine (Sezession) und erst dann um eine freiwillige und nicht erzwungene Eingliederung in die Russische Föderation (Beitritt).

Die Euro-Atlantische Gemeinschaft erklärte das Referendum auf der Krim für illegal und hielt es für einen völkerrechtswidrigen Akt der Annexion von Seiten Russlands. Der Westen argumentierte, dass ein verfassungswidriges Referendum während einer militärischen Besetzung durch fremde Truppen zweifelsohne nicht demokratisch hätte ablaufen können. Eine Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde während des Referendums auf der Krim nicht zugelassen, dennoch durften einzelne politische Parteivertreter aus Europa – meistens mit einem extrem linken oder extrem rechten Hintergrund – als Beobachter einreisen. Russland beharrte darauf, dass das Referendum in einer friedlichen Atmosphäre ohne Verstöße abgelaufen sei, währenddessen es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen oder Verletzungen der Wahlstandards kam. Außer einem einzigen Zwischenfall, welcher drei militärische

Opfer hinterließ, gab es keine gravierenden Provokationen oder gar Militärangriffe von Seiten der Ukraine und Russlands auf der Krim. Zweifelsohne brachten das Referendum und das am 21. März von Putin unterzeichnete Gesetz zur Eingliederung der Republik Krim in die Russische Föderation negative Implikationen mit sich.¹⁹ Als ein klarer Präzedenzfall der Selbstbestimmung im Völkerrecht, konnte es nach diesem Referendum zu einer Reihe von unerwünschten Ereignissen kommen, welche auf diesen Anspruch zurückzuführen waren. So sind teilweise die darauf folgenden Entwicklungen in den östlichen Teilen der Ukraine, wie beispielsweise in Charkiw, Donezk, Lugansk oder Odessa in diesem Kontext zu betrachten. In den darauf folgenden Tagen zwischen dem 17. und 21. März war das Handeln Russlands – insbesondere die militärische Präsenz russischer Truppen außerhalb der vertraglich vereinbarten Aufenthaltszonen auf der Halbinsel – nicht völkerrechtsgemäß. Gerade diese russische Militärpräsenz konnte jedoch das Eingreifen ukrainischer Soldaten verhindern, um einen Sezessionsversuch zu unterbinden. Krim und Sewastopol wurden als legitime Teile der Russischen Föderation in einem sehr beschleunigten Prozess durch die russische Staatsduma und den russischen Föderationsrat, nach der Unterzeichnung vom russischen Präsidenten Vladimir Putin, anerkannt.

An dieser Stelle tritt die Frage auf, ob der Einbindungsprozess der Krim in die Russische Föderation ohne eine Planung und die verstärkte militärische Präsenz möglich gewesen wäre. Immerhin stellen das Referendum und der Beitritt zur Russischen Föderation einen Fall mit unabsehbaren Implikationen für das gesamte System der internationalen Beziehungen dar. Erwartungsgemäß beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) keine Resolution gegen das Krim-Referendum aufgrund des Russland-Vetos (China hatte sich enthalten). Es folgte allerdings eine nicht bindende Resolution der Vereinten Nationen, welche die territoriale Integrität der Ukraine bestätigte.

Häufig wird eine Parallele zwischen der Krim und dem Kosovo gezogen, wobei die einzige Gemeinsamkeit wäre, dass beide Untersuchungsfälle als Präzedenzfall im Völkerrecht gelten. Die 2008 von Kosovo erklärte Unabhängigkeit verstieß gegen die Resolution 1244 des

VN-Sicherheitsrats, gemäß der Kosovo "unter die Hoheitsgewalt der Vereinten Nationen gestellt [...] und zugleich die Unverletzlichkeit der serbischen Grenzen garantiert [...]"²⁰ wird. Allerdings erfolgten die Ereignisse im Kosovo nach einer massiven ethnischen Säuberung und zahlreichen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen infolge des Zerfalls Jugoslawiens. Hingegen ist auf der Krim keine humanitäre Intervention vollzogen worden. Die lokale Bevölkerung traf ihre Wahl im Rahmen eines Referendums zugunsten Russlands und nicht der Ukraine. Das kann man mit der militärischen Bedrohung durch die vor Ort stationierten russischen Truppen begründen. Allerdings kann man es auch als negatives Votum gegen die ukrainische Übergangsregierung bewerten. Nach dem unterzeichneten Abkommen zwischen den drei EU-Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens, dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den Oppositionsleitern von Euromaidan, bestand die allerwichtigste Aufgabe darin, eine nationale Einheit zu bilden. Die Übergangsregierung scheiterte nach dem 21. Februar daran, eine sprachliche, ethnische, kulturelle, religiöse oder demographische Spaltung im Land zu verhindern. Die daraus resultierenden Implikationen waren sowohl in Kiew (erneute Proteste und Versuche der Okkupation von Regierungsgebäuden durch den Rechten Sektor) als auch in den Östlichen und Südlichen Teilen der Ukraine (Proteste in Donezk, Charkiw und Lugansk) deutlich zu spüren. Dass Russland diese Prozesse und Protestbewegungen in der Ukraine ausnutzte, um gewisse Missstände zu katalysieren, bleibt unumstritten. Es stellt jedoch eher eine Folge als eine Ursache dar, welche auf das fehlerhafte Handeln von Seiten der ukrainischen Übergangsregierung zurückzuführen ist.

Literatur

1. Information on the EU-Ukraine Association Agreement. EEAS. Retrieved 18 April 2014. http://eeas.europa.eu/top_stories/2012/140912_ukraine_en.htm
2. „Ukraine Health Ministry: Kyiv unrest death toll reaches 100“. Kyiv Post. Archived from the original on 21 February 2014. Retrieved 6 March 2014. <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/ukraine-health-ministry-kyiv-unrest-death-toll-reaches-100-338563.html/>
3. Redaktionsschluss für diesen Beitrag ist 02.06.2014.
4. „Putin gewährt Kiew Finanzhilfen in Milliardenhöhe“. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Retrieved 30. Mai 2014. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-putin-gewaehrt-kiew-finanzhilfen-in-milliardenhoehe-12715687.html>
5. Dieser Beitrag stellt insoweit keine Wertung dar, als er sich ausschließlich auf Tatsachen und bewiesene Fakten hinsichtlich der Todesfälle auf dem Maidan abstützt. Die Klärung der

Täterschaft obliegt ausschließlich unabhängigen Untersuchungsorganen.

6. "Klitschko ringt Janukowitsch Verhandlungen ab". Zeit Online. Retrieved 31. Mai 2014. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/zusammenstoesse-kiew-polizei>
7. „Makhnitsky: Some 50 people to be charged with organizing killings of Ukrainians“. Kyivpost.com. Retrieved 24 February 2014 <http://www.kyivpost.com/content/ukraine/makhnitsky-some-50-people-to-be-charged-with-organizing-killings-of-ukrainians-337522.html>
8. „Janukowitsch auf der Flucht, Ukraine im Umbruch“. N-TV Online. Retrieved 30. Mai 2014. <http://www.n-tv.de/politik/Wenn-er-zurueckkommt-lynchen-sie-ihn-article12329426.html>
9. „Ukraine nach dem Umsturz. Machtkampf zwischen EU und Russland“. AFP. Retrieved 30. Mai 2014. http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68223784/ukraine-nach-dem-umsturz-machtkampf-zwischen-russland-und-der-eu.html
10. Kiew snipers hired by Maidan leaders - leaked EU's Ashton phone tape. Russia Today. Retrieved 30. Mai 2014. <http://rt.com/news/ashton-maidan-snipers-estonia-946/>
11. Neue Hinweise auf Maidan-Schützen. ARD. Retrieved 17. April 2014. <http://www.tagesschau.de/ausland/maidan-schuesse102.html>
12. Siehe Fußnote 10.
13. "Russia helped Ukraine, but now Ukraine needs more, IMF's Lagarde says". Forbes. Retrieved 29. Mai 2014. <http://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2014/04/03/russia-helped-ukraine-but-now-ukraine-needs-more-imfs-lagarde-says/>
14. "Ukraine bekommt erste russischen Kredits". Stimme Russlands. Retrieved 16.5.2014. http://german.ruvr.ru/2013_12_25/Die-Ukraine-hat-den-ersten-Teil-des-russischen-Kredits-erhalten-5296/
15. "Ukraine unveils Reform Program with IMF support". International Monetary Fund. Retrieved 09.3.2014. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2014/new043014a.htm>
16. "EU stellt elf Milliarden Euro für die Ukraine in Aussicht". Zeit Online. Retrieved 10.3.2014. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/EU-Ukraine-Hilfspaket>
17. "Ukrainian crisis: EU signs association deal". BBC. Retrieved 25.3.2014. <http://www.bbc.com/news/world-europe-26680250>
18. "Ukraine crisis: Crimea now part of Russia, local parliament declares". The Guardian. Retrieved 17.4.2014. <http://www.theguardian.com/world/2014/mar/06/ukraine-crisis-crimea-part-of-russia-local-parliament-declares>
19. "Ceremony signing the laws on admitting Crimea and Sevastopol to the Russian Federation". Retrieved 22.3.2014. <http://eng.kremlin.ru/news/6910>
20. "Resolution 1244 (1999)". NATO. Retrieved 27.4.2014. <http://www.nato.int/kosovo/docu/u990610a.htm>

Velina Tchakarova ist AIES Senior Research Fellow.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6, A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96, Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at, www.aies.at

Layout: EGENCY Medienbüro Patrick Meyer